

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Magnus Erdmann, Leni Schwarze & Nina Andrees, Jannes Hagemeyer & Süeda-Nur Okular, Rasmus Wendt & Michal Mielewczyk, Marlon Dee, Malina Schütte & Robin Scheller (LSS, SV BS Oldenburg, stellv. LSS, SV RBZ Eckener-Schule Flesnburg, SV Hanse-Schule Lübeck, SV BBZ Bad Segeberg)

Titel: **Wir schultern eure Krisen nicht mit einem
Gewehr in der Hand!**

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

2
3 Das Landesschüler*innenparlament spricht sich gegen die Wiedereinführung der
4 Wehrpflicht oder eines verpflichtenden Dienstjahres aus. Wir sehen dennoch die
5 gesellschaftliche Nöte für ein Pflichtjahr, wo man sich frei entscheiden kann, ob
6 man zur Bundeswehr, THW, in Krankenhäuser, Tierheime, etc. geht. Ein sogenanntes
7 Gesellschaftliches Pflichtjahr. Die Debatte
8 findet weitgehend ohne unsere Beteiligung statt, deshalb wollen wir einen
9 Kompromiss zur Verfügung stellen. Außerdem finden wir auch, dass das Image der
10 Bundeswehr verbessert werden muss. Sie stehen bei Naturkatastrophen immer an
11 erster Stelle um zu helfen, dies muss deutlicher gezeigt werden um Jugendlichen
12 zu motivieren dort hin zu gehen. In einer Zeit, in der Schulen unter steigenden
13 Belastungen leiden und Bildungspolitik vor großen Herausforderungen steht, wäre
14 eine Rückkehr zur Wehrpflicht ein Schritt in die falsche Richtung.

15 Die Auswirkungen eines verpflichtenden Dienstes auf Bildungswege wären groß.
16 Schülerinnen und Schüler, die ohnehin mit komplexen Übergängen zwischen Schule,
17 Ausbildung und Studium konfrontiert sind, würden ausgebremst und in ihren
18 Lebensentscheidungen eingeschränkt. Ausbildungs- und Studienstarts würden
19 verschoben, berufliche Orientierung verzögert und Qualifizierungsprozesse
20 unterbrochen. Gerade in einem Land, das unter massivem Fachkräftemangel leidet

21 besonders im Bildungswesen, in sozialen Berufen und in der Kinder- und
22 Jugendarbeit wäre dies ein volkswirtschaftlicher Rückschritt. Jeder verzögerte
23 Berufseinstieg bedeutet verlorenes Potenzial, geringere Produktivität und
24 verschärft den Druck auf ein ohnehin angespanntes Bildungssystem, das dringend
25 gut ausgebildete Fachkräfte braucht.

26 Statt junge Menschen in verpflichtende Strukturen zu drängen, braucht unsere
27 Gesellschaft ein Bildungssystem, das ihnen Freiheit, Orientierung und echte
28 Mitsprache ermöglicht. Politische Entscheidungen, die Jugendliche unmittelbar
29 betreffen, dürfen nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Gerade bei so
30 tiefgreifenden Fragen wie Wehrdienst und Gesellschaftsjahr muss die Stimme der
31 Jugend nicht nur gehört, sondern verbindlich einbezogen werden. Schulen sollten
32 Orte sein, an denen junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen, nicht
33 Orte, an denen ihnen diese Verantwortung in Form von Zwang auferlegt wird.

34 Hinzu kommt, dass die psychischen Belastungen unter Schüler*innen in den
35 vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Leistungsdruck, Unsicherheiten
36 über die Zukunft, gesellschaftliche Krisen und fehlende Unterstützungssysteme
37 führen zu einem hohen Bedarf an Beratung und mentaler Stabilität. Die Aussicht
38 auf eine staatliche Verpflichtung nach dem Schulabschluss schafft zusätzliche
39 Sorgen und nimmt vielen Jugendlichen das Gefühl, ihre Zukunft selbst gestalten
40 zu können. Anstatt neue Pflichten einzuführen, braucht es einen deutlichen
41 Ausbau psychologischer und sozialpädagogischer Unterstützung an Schulen, mehr
42 Prävention, mehr Zeit für mentale Gesundheit und mehr Verständnis für die
43 Lebensrealität junger Menschen.

44 Ein modernes Bildungssystem muss junge Menschen stärken, ihnen Vertrauen
45 schenken und ihnen die Freiheit geben, ihren Weg selbst zu wählen. Eine
46 Wehrpflicht jedoch drückt genau in die entgegengesetzte Richtung: Sie beschränkt
47 Chancen, bremst Bildungswege aus, verstärkt Druck und bindet Ressourcen, die an
48 Schulen dringend fehlen.

49 Das Landesschüler*innenparlament setzt deshalb ein klares Zeichen: Die Zukunft
50 der Jugend sollte nicht in verpflichtenden Dienstmodellen gesucht werden,
51 sondern in einer starken, unterstützenden und demokratischen Bildungspolitik,
52 die junge Menschen ernst nimmt, stärkt und ihnen echte Perspektiven eröffnet.